Gastbeitrag. Ständig wird in der politischen Diskussion eine Vermögensteuer gefordert: Sieben Thesen gegen eine solche Steuer.

Begehrlicher Griff nach der Substanz

VON MAXIMILIAN EISELSBERG

Die regelmäßig wiederkehrende Diskussion über die Besteuerung von Vermögen lässt eine Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Grundsatzfragen vermissen.

Schon der Begriff „Vermögen" ist – **These 1** – ideologisch konnotiert. Gemeint ist die Besteuerung von Eigentum, also der Substanz. Diese muss zunächst geschaffen worden sein. Entsteht sie durch Leistung, so wurde diese bereits besteuert. Erst das, was nach dem Verbrauch für den Lebensaufwand übrig bleibt, wird zur angesparten Substanz. Eine Besteuerung der Substanz vernichtet das Interesse, sie zu schaffen.

Ertrag von der Substanz – also Zinsen – ergibt Einkünfte, die, nach deren Besteuerung, für die von der Substanz zu entrichtende Steuer verwendet werden können. Werden aber keine Erträge erzielt, sind zur Bezahlung der Steuern Mittel aus anderen Quellen heranzuziehen. Also **These 2:** Auch besteuertes Einkommen muss zur Bezahlung der Substanzsteuer verwendet werden.

Wirft die Substanz keine Erträge ab und stehen keine anderen Quellen zur Verfügung, so ist die Steuer aus der Substanz zu bestreiten; es muss also die Substanz schrittweise verwertet werden. Sparen wird bestraft. Die Substanz wird vernichtet. Daher **These 3:** Die Substanzsteuer führt zur Vernichtung von Privateigentum, zur Enteignung.

Was zählt zur Substanz?

Werden Freibeträge festgelegt, sodass nur übersteigende Substanz Bemessungsgrundlage für die Steuer ist, wird der Verwaltungsaufwand für die „kleinen" Substanzen überproportional hoch: Nur mit genauer Bewertung kann das Unter- oder Überschreiten der Schwellenwerte festgestellt werden. **These 4** lautet somit, dass kleinere Substanzen bei der Steuererhebung durch kostenintensiven Berechnungsaufwand benachteiligt sind.

Somit die Kernfrage: Wie ermittle ich die Grundlage für die Bemessung der Steuer? Was zählt zur steuerpflichtigen Substanz? Liegenschaften sind im Grundbuch, Unternehmensanteile im Firmenbuch erfasst, das Bar- und Wertpapiervermögen von der Bank. Was bleibt, sind Wohnungseinrichtung, Fahrzeuge, Edelsteine, Schmuck, Kunst. Alles ertraglos. Eine Zweitwohnung? Das Zweitauto? Wer soll das erfassen, wie soll es bewertet werden? Diese Unschärfen führen – so **These 5** – zur Umschichtung in Substanzwerte, die aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verschwinden und für die Steuer nicht greifbar sind.

Ein Etikettenschwindel

Betrachtet sei auch – **These 6** – der Aspekt der Wohnversorgung: Die Eigentumswohnung ist Substanz und wird besteuert, auch wenn der Eigentümer sie selbst benutzt. Ist nicht auch ein geschütztes und preisgeregeltes Mietrecht ein bewertbarer Substanzwert, dessen Vorteile der Steuerbemessungsgrundlage hinzuzurechnen sind?

Unser Gesamtsteuergefüge kennt die Immobilienertragsteuer und erfasst mit ihr Wertzuwächse. Die Banken führen automatisch als Kapitalertragsteuer auch die Steuer auf Veräußerungsgewinne ab. Wertzuwächse sind Teil der Substanz und nicht Ertrag. Nur der Vollständigkeit halber: Die Substanz der Stiftungen wird bei der Verteilung mit Kapitalertragsteuer belegt. **These 7** beweist, dass mit der unrichtigen Bezeichnung einer Steuer Etikettenschwindel betrieben wird und unser Steuersystem bereits jetzt Substanz massiv besteuert.

Wo also bleibt noch Raum für eine weitere Substanzbesteuerung? Viel wichtiger aber: Wo bleibt dann die nötige Substanz für Investitionen, um Unternehmen auszubauen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und auch „nur", um für sich selbst durch Sparen vorzusorgen?

Maximilian Eiselsberg hat sich als Rechtsanwalt besonders mit Stiftungs- und Steuerfragen befasst.
E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Die Wende nach rechts und der Hochmut der Liberalen

Wahljahr 2024. Erwartet wird eine Machtverschiebung in Europa: Rechtspopulisten als Gewinner – Liberale und Grüne als Verlierer.

Mit einem gewissen Masochismus werden jetzt allenthalben in Europa die Parteien der Rechten bis extremen Rechten zu den politischen Gewinnern dieses Jahres ausgerufen, bevor überhaupt noch eine der vielen Wahlen von 2024 stattgefunden hat. Als Fanal gelten die Niederlande, in denen Geert Wilders von der Parteij voor de Vrejheid PVV seine Wahl schon gewonnen hat und damit rechnen darf, im Februar von einer Koalition aus Mitte-rechts-Parteien zum Ministerpräsidenten bestellt zu werden.

Das könnte vor allem nach Frankreich ausstrahlen, mit dessen Rassemblement National Wilders' Partei ideologisch viel verbindet. Für beide ist die Bekämpfung der Zuwanderung das wichtigste politische Thema.

Als die französische Nationalversammlung kürzlich ohne die Stimmen des RN ein restriktives Einwanderungsgesetz beschloss, feierte das die Chefin des RN, Marine Le Pen, als einen „ideologischen Sieg" ihrer Partei. Beide haben aber auch einen starken sozialpolitischen Ansatz, denn rechte Parteien bieten meistens linke Wirtschafts- und Sozialprogramme an.

In Italien hat die Wende schon vor einem Jahr stattgefunden. Die aus der neofaschistischen Partei

DÉJÀ-VU

VON HANS WINKLER

hervorgegangenen Fratelli d'Italia regieren in Rom seither relativ unauffällig und vor allem sehr EU-treu, was auch damit zu tun hat, dass Italien seit eh und je der größte Empfänger von Geld aus europäischen Kassen ist.

Als entscheidend für die Bestätigung einer innereuropäischen Machtverschiebung gelten die Wahlen zum Europäischen Parlament an mehreren Tagen Anfang Juni (in Österreich am 9. Juni). Den Parteien der radikalen Rechten wird in manchen Umfragen ein Zuwachs um rund 50 Prozent vorhergesagt.

Verlieren würden danach vor allem die diversen liberalen Parteien, darunter die des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, und die Grünen. Einigermaßen halten könnten sich die Sozialdemokraten und die verschiedenen Christdemokraten, unter ihnen die ÖVP, die zur Europäischen Volkspartei zusammengeschlossen sind.

Ein Fieberthermometer werden auch die drei Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen sein, wo die Alternative für Deutschland AfD drauf und dran ist, jeweils die stärkste Partei zu werden. Hier ist vor allem die CDU in der Versuchung, Koalitionen mit der AfD zu bilden, damit die Länder überhaupt regierbar bleiben. Denn nur in Brandenburg ist die SPD stark genug, um als Regierungspartner überhaupt infrage zu kommen. Angesichts dieser Aussichten hadern die selbst ernannten „Liberalen" mit ihrem Schicksal. Liberal gilt ihnen als Sammelbegriff für alle Wohlmeinenden, die nichts mit den Populisten zu tun haben wollen.

Die Liberalen halten allein sich für vernünftig und nehmen daher in Anspruch, die öffentlichen Dinge zu bestimmen. Wie konnte es nur passieren, fragt entgeistert ein Autor im deutschen Wochenblatt „Die Zeit", dem Zentralorgan des liberalen Zeitgeists, dass denen, „die in Wirtschaft, Bildung, Politik und Medien nach wie vor fast alle Schlüsselpositionen innehaben, ihre Hegemonie so durch die Finger rinnt?"

Wie könne es möglich sein, dass der „liberale, vernünftige, mächtige Teil der Republik" (wörtlich die anmaßende Selbstbeschreibung) des Phänomens AfD nicht Herr werde, klagt er, obwohl man doch viel gescheiter sei und die besseren Antworten auf die epochalen Herausforderungen – Machtverlust des Westens, Klimakrise, Migration – habe. Die vernünftigen Kräfte, zu denen sich der Autor offenkundig zählt, „finden kaum noch Zugang zu den Gefühlen der Menschen".

Ton der Herablassung

Kein Wunder, möchte man dazu sagen, wenn man den Ton der Herablassung über die Minderbemittelten liest, das eitle: „Wir bringen euch, wir tun für euch, denn wir wissen es besser." Der Autor glaubt, es fehle an einem „Gefühlsangebot" und liefert damit, ohne es zu bemerken, den Beweis dafür, dass er die erhofften Adressaten nicht ernst nimmt. Er nennt es selbst „die Sprache der Technokratie im Stadium der Vergeblichkeit".

Dem deutschen Beispiel kann auch ein österreichisches hinzugefügt werden: Es war bei irgendeinem Anlass im Parlament ein Gespräch mit einem minderbedeutenden Politiker der Linken, der sich mit einem unbedeutenden internationalen Posten ein gutes Einkommen und nebenbei ein interessantes Leben gesichert hat. Er meinte, jetzt müsse sich das „andere Österreich" zusammenschließen, um die FPÖ zu verhindern. Mit dem „anderen" Österreich meinte er Leute wie sich selbst und mich.

Die Konservativen haben ein ganz anderes Problem mit den Rechten: Sollen sie, wenn sie die Möglichkeit dazu bekommen, mit solchen Parteien eine Koalition eingehen, um regieren zu können?

Für Österreich ist der Fall medial bis zum Überdruss abgehandelt worden. Darf die ÖVP mit der FPÖ oder nicht? Sie soll es natürlich nicht dürfen. In der öffentlichen Meinung sind ja die Konservativen am Aufstieg der Rechten allein schuldig, weil sie sich nicht genug von ihnen abgegrenzt haben. Das glauben auch in der Partei selbst nicht wenige und halten sich deshalb für christlich-sozial.

Die Unschuld der Linken

In der Debatte über Migration und Zuwanderung nimmt das Dilemma dann folgende Gestalt an: Es genügt der Vorwurf, damit arbeite man den Rechten in die Hände, um jedes sachliche Argument sogleich zu ersticken.

Es wird gar nicht die Frage gestellt, ob etwas richtig oder falsch sein könnte, sondern ob es vielleicht die FPÖ auch will. Sollte man – das wäre die zwar absurde, aber logische Konsequenz – also etwas, was man für falsch hält, nur deshalb tun, weil es die FPÖ nicht will?

Zur Ratlosigkeit der Konservativen, dem Hochmut der Liberalen, selbst wenn sie sich zerknirscht geben wie der „Zeit"-Kommentator, gesellt sich die behauptete Unschuld der Linken. Der Frage, woher die Stimmen rechter Parteien kommen, weichen sie gern aus, weil sie möglicherweise die Kehrseite der eigenen Schwäche ist.

Während die einen sich einem linken Populismus verschrieben haben, wie momentan die SPÖ mit ihrem neuen Vorsitzenden, sind andere der Versuchung erlegen, sich dem Kult der Minderheiten zu ergeben, weil sie das für progressiv halten. Beide bezahlen das mit der Verunsicherung ihres Stammpublikums unter den Älteren und der arbeitenden Bevölkerung.

Programm des Elitären

In dieser Situation machen sich Literaten, andere Schreiber und sonstige Kulturträger erbötig, eine Antwort auf den Populismus und die Krise, die ihm zugrunde liegt, zu geben. Ihre Empfehlungen kennt man schon aus der Coronakrise. Es ist wieder ein Programm des Elitären. Müsse man denn unbedingt glücklich sein wollen, fragen Leute, denen zumindest augenscheinlich wenig abgeht, und predigen den Verzicht, den andere üben sollen.

Verluste an Wohlstand, Sicherheit, Vertrautem als Verfeinerung des Lebensstils zu empfinden, muss man sich erst einmal leisten können. Nicht wenigen dürfte das als Anmaßung erscheinen. Es werden nicht alle auf das Lastenfahrrad, den SUV des alternativen Lebensstils umsteigen wollen.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DER AUTOR

Hans Winkler war langjähriger Leiter der Wiener Redaktion der „Kleinen Zeitung"

QUERGESCHRIEBEN

VON ANDREA SCHURIAN

Von Waldheimaten und Pisa-Testgebieten

Fehler, sagte der Theatermagier George Tabori einst, machten den Menschen erst zum Menschen. So gesehen hat es in dieser Kolumne zuletzt ziemlich gemenschelt.

Nach Ente auf Zeitungspapier im alten habe ich zum Auftakt im neuen Jahr ein Böcklein serviert, das etlichen Leserinnen und Lesern zu Recht sauer aufstieß. Poster C. zählte gar akribisch nach, dass es lediglich „8 (!) Zeilen" vom guten Vorsatz der Fehlerabstinenz zum neuerlichem Fettnäpfchen gebraucht habe. Ja, Spott und Schande über mich! Zwar war Kurt Waldheim, so wie ich schrieb, wirklich nicht bei der SS, aber sein Pferd war es auch nicht. Ross und vermutlich wohl auch der Reiter sind bei der SA mitgelaufen.

Apropos Fehler: Seit dem ersten Pisa-Test im Jahr 2000 wurde der Begriff Bildung aus der Schuldebatte ausgeschlichen und durch den Allerweltsbegriff Kompetenz substituiert. Die Wissensabfrage wird seither als Bildungsgradmesser und Wechselstube für parteipolitisches Kleingeld missverstanden.

> Österreichs duales System findet international zunehmend Anerkennung und Nachahmung.

Als vor fast genau einem Monat die jüngsten Ergebnisse publik wurden, redete paradoxerweise just der Bildungsminister von der türkisschwarzen Hochleistungspartei die Durchschnittsresultate schön, während die neuerdings sehr retrorot geschminkte SPÖ, die zwar Schulnoten und Matura abschaffen möchte, als Vademecum ihrer Bildungspolitik just den Pisa-Test heranzieht.

Der freilich ist auch nichts anderes als eine punktuelle Abfrage von Bulimiewissen und vergleicht zudem kaum Vergleichbares, denn bekanntlich haben unterschiedliche Länder unterschiedliche Lehrpläne und Schwerpunkte.

SP-Bildungssprecherin Petra Tanzler forderte damals – grammatikalisch durchaus optimierbar – Reformen: „Die ÖVP verfechtet einen Unterricht, wie es ihn schon unter Maria-Theresia gegeben hat: Hausaufgaben, bei denen Eltern unterstützen müssen und teure private Nachhilfe. Wir brauchen aber eine Schule, die Kinder auf die tatsächlichen Herausforderungen unserer Zeit vorbereitet, unabhängig davon, wie die finanzielle Situation einer Familie aussieht."

Tatsächlich besteht Handlungsbedarf. Österreich, Wien zuvorderst, hat in Sachen (sprachlicher Früh-)Förderung migrantischer und/oder sozial benachteiligter Kinder bisher eher kläglich versagt.

Andererseits ist die finanzielle elterliche Ausstattung in einem Land, in dem weder Schulgeld noch Studiengebühren eingehoben werden und Schulbücher gratis sind, eine mitunter allzu billige Ausrede für löchrige Schulkarrieren.

Die Empfehlungen von Pisa-Mastermind Andreas Schleicher, Leistungsanforderungen für sozial Schwache nicht etwa hinunterzuschrauben, sondern für alle Kinder sogar möglichst hohe Ziele zu formulieren, klingen ebenso wenig nach notenfreiem Ponyhof wie die Schulsysteme der Pisa-Testsieger Singapur, Japan und Südkorea. Dort wird Bildung nicht vererbt, sondern im Frontalunterricht gedrillt. Viele Junge zerbrechen am Leistungsdruck: Südkorea und Japan sind nicht nur bei Pisa, sondern auch bei der jugendlichen Suizidrate Spitze.

Vor Jahren pilgerten Politiker und Experten (m/w/*) zu den damals topgelisteten Finnen, um deren frontalunterrichts- und hausaufgabenfreies Gesamtschulsystem zu studieren. Den hohen Alkoholkonsum der jungen Finnen, die erschreckende Suizidrate unter 15- bis 29-Jährigen (laut Eurostat 22,9 je 100.000 Einwohner) sowie eine mehr als doppelt so hohe Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu Österreich blendeten die Finnland-Besucher ebenso aus wie einen Unicef-Report, wonach Kinder nirgendwo weniger gern in die Schule gingen als im Land der tausend Seen.

Unterdessen, im ersten Bildungsweltcup nach Corona, liegt Finnland mit immer noch dem gleichen Schulsystem in Lesen nur knapp vor, in Mathematik sogar hinter Österreich. Dessen duales System hingegen findet international zunehmend Anerkennung und Nachahmung. Denn die Anforderungen der Zukunft erfordern nicht nur vielfältige Kompetenzen, sondern auch Kreativität. Die steht bei Pisa erst gar nicht auf dem Testplan.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Morgen in „Quergeschrieben": **Rosemarie Schwaiger**

Zur Autorin: Andrea Schurian ist freie Journalistin. Die ehemalige ORF-Moderatorin („Kunst-Stücke", „ZiB-Kultur") gestaltete zahlreiche filmische Künstlerporträts und leitete zuletzt neun Jahre das Kulturressort der Tageszeitung „Der Standard". Seit Jänner 2018 ist sie Chefredakteurin der jüdischen Zeitschrift „NU".

PIZZICATO

Golden Globe für die Wissenschaft

In der Nacht auf Montag gab es die Golden Globe Filmpreise. Die Jury setzte sich wohl eine rosa Brille auf und verlieh „Barbie" eine der goldenen Kugeln. In welcher Kategorie? „Blockbuster" (Box Office Achievement). Kommt Ihnen nicht bekannt vor? Tja, die Kategorie wurde heuer neu geschaffen. Weil „Barbie" war der Megakassenschlager mit 1,4 Milliarden Dollar Einspielergebnis weltweit. Millionen schauten sich an, ob feministische Botschaften transportiert werden, wenn Barbie in die reale Welt spaziert. Den Usus könnte man auch anderswo starten: Preiskategorien erfinden, für Dinge, die bei Menschen halt beliebt sind. „Fette Benzinfresser-Autos kaufen" gewinnt in der Kategorie „Faulheit und Prestige siegen über Gesundheits- und Umweltbewusstsein". „Bei Amazon bestellen" bekommt den Preis für „Reiche reicher machen".

Zum Glück gab es am Montag eine Verleihung in Österreich, die keine frisch geschaffenen Kategorien braucht. Andrea Fischer wurde zur Wissenschafterin des Jahres gekürt. Der Klub für Wissenschaftsjournalist:Innen wählte die Tiroler Gletscherforscherin, weil sie Wichtiges erkundet und das geschickt vermittelt. Überreicht bekam sie auch eine Kugel. Zwar keinen Golden Globe, aber eine Schneekugel aus Glas. Der Schnee darin schmilzt sicher nicht weg. Unsere Gletscher leider immer schneller. (vers)

Reaktionen an **veronika.schmidt@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Politische Landschaft im Dornröschenschlaf

„Wer fürchtet sich denn vor der Realität?", von Josef Urschitz, 5.1.
Ihr Artikel ist wie so oft präzise und trifft die aktuelle Stimmung sehr gut! Die politische Landschaft scheint aktuell im Dornröschenschlaf zu liegen, um uns dann kurz vor der Wahl wieder kräftig den Bauch zu pinseln. Eine ehrliche Arbeit, glaubwürdige Vertreter des Volkes sowie beständige Parteien vermisst man.

Seit Sebastian Kurz ist es wohl auch schwierig, überhaupt einer Partei und einem neuen Spitzenkandidaten neues Vertrauen zu schenken. So wie uns der geblendet und letztlich hinters Licht geführt hat, das ist schon beispiellos und hat mich persönlich zumindest hinsichtlich politischer Bildung von meinem viel zu unkritischen Denken befreit.
Dylan Germann, 5741 Neukirchen

Wir Christen sollten optimistischer auftreten

„Die Sternsinger zu Besuch bei der ‚Presse'", 5.1.
So muss man die Kinder zum christlichen Glauben hinführen, dass sie in die Tradition, in die Gemeinden vor Ort hineinwachsen, indem sie Aufgaben übernehmen, die ihnen gemäß sind, die Freude machen und für die sie öffentliche Anerkennung bekommen.

Wir Evangelische sollten uns diesem katholischen Brauch anschließen. Wer als Sternsinger tätig war, ist dann vielleicht auch bereit, im Posaunenchor mitzuspielen, sich in der Jugendgruppe zu engagieren oder für ein kirchliches Amt, etwa den Kirchenvorstand, zu kandidieren. So könnten wir den Trend weg von Kirche und Christenglauben zumindest abschwächen.

Ohnehin sollten wir Christen selbstbewusster, optimistischer auftreten, wir sind doch gewiss, dass Gottes neue Welt uns offensteht. Das ständige Gejammer über Kirchenaustritte und Finanznot dagegen lähmt die Bereitschaft, sich zur Kirche zu halten, den Christenglauben persönlich zu leben.

Dass man den drei Königen den Zutritt verweigert, wenn kein schwarzer dabei ist, finde ich hundsgemein. Dadurch verletzt man doch die Kinder!
Christian Fuchs, D-91468 Gutenstetten

Digital-Schulung speziell für ältere Menschen

„Aufgenötigte Digitalisierung", GK von Anton Bucek, 5.1.
Hoffentlich lesen Herr Tursky und andere zuständige Stellen diesen Gastkommentar. Mir sind zahlreiche, vor allem ältere Personen bekannt, die auf Vorteile verzichten und viele Beschwernisse auf sich nehmen müssen, weil sie keinen Zugang zum Internet haben. Ich denke hier vor allem an die Möglichkeit, Lebensmittel u. a. online zu bestellen, wenn man aus irgendwelchen Gründen das Haus nicht verlassen kann. Auch zur Abholung von ärztlichen oder Laborbefunden sind keine mühsamen Wege und Wartezeiten nötig, wenn man sie online abrufen kann.

Ich bin Jg. 1947 und konnte zum Glück noch während meines Berufslebens den Umgang mit der IT lernen; notwendige Updates erhalte ich bei Bedarf von meinen Kindern oder Enkeln. Nicht jeder hat allerdings diese Gelegenheit, und für diese Menschen sollten wirklich geeignete Schulungen angeboten werden. Vor allem ältere Leute möchten nicht in Standardkursen gemeinsam mit jugendlichen Asylwerbern unterrichtet werden, die wesentlich mehr und ganz andere Kenntnisse benötigen, um sie beruflich zu nützen.

Vielleicht findet sich sogar ein Hersteller oder Provider als Sponsor, der seine Geräte und Dienste im Rahmen einer Basisschulung bewerben könnte?
Mag. Winfried Brandlhofer, 1220 Wien

Verpasste Gelegenheit

„Die Welt feiert Kafka…", von Anne-Catherine Simon, 5.1.
Die Welt feiert Kafka, aber der „Presse" entgeht in ihrem Überblick, dass „Die Verwandlung" bereits seit einigen Monaten und auf die große Nachfrage hin glücklicherweise bis Ende Februar verlängert im Theater am Franz-Josefs-Kai von Alexander Waechter in eindrucksvoller Weise dargeboten wird. Nicht nur Hamburg und Graz sind „vorgeprescht". Schade um die verpasste Gelegenheit, auf diesen großartigen Schauspieler aufmerksam zu machen.
Dr. Elisabeth Garms, 1030 Wien

Fokussiert auf die Energiewende

„Europa muss sich auf Krieg vorbereiten…", „Quergeschrieben" von Christian Ortner, 5.1.
Ob Europa in seiner Rolle als moralische Werteinstanz und völlig fokussiert derzeit auf die Energiewende eine konkrete Bedrohung durch Putin auch noch als Faktor in der Zukunft wahrnehmen kann? Aus welchen Gründen auch immer die jüngsten Mosaikbausteine, die Putin strategisch zusammensetzt, von der Politik anscheinend ignoriert werden (Aufrüstungspläne für Europa? Schon längst überfällig), positive Perspektiven und ein Blick auf das Reale sind für den Laien kaum erkennbar.
Mag. Danielle Heidmann, 1140 Wien

Starrt hier ein Kaninchen auf die Schlange?

Zur österreichischen Innenpolitik
Geradezu mantrahaft – etwa bei Inflation, Teuerung, bestimmten Regierungsmaßnahmen (besonders gesundheits- und sozialpolitisch) etc. – folgt medial der Schluss: Das käme alles der FPÖ zugute. Was nicht hinterfragt wird, sind Programm, Personal und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten all jener Maßnahmen, die seitens der Freiheitlichen zumindest andeutungsweise versprochen werden. Nicht nur die Frage des Partners ist klarerweise offen, vor allem aber die Gretchenfrage, wie und in welche Richtung Kickl den Staat „umbauen" wolle. Wo doch oft schon geringfügigere Änderungen eine Verfassungsmehrheit brauchen.

Starrt hier ein Kaninchen auf die Schlange?
Franz Hermann Oswald,
2380 Perchtoldsdorf

Rechtsruck motiviert Viktor Orbán zusätzlich

„Orbán und seine seltsamen Freunde", von Peter Bognar, 5.1.
Unterstützer wie Gegner der Politik Viktor Orbáns sind sich heute darüber einig, dass Ungarns Regierungschef für seine erfolgreichen subversiven EU-Agenden großzügig u. a. mit billigem russischem Öl und Gas, mit Technologie und günstigen Krediten von Putins Gnaden für das Atomkraftwerk Paks belohnt wird. Der international erkennbare Rechtsruck und das Schulterklopfen seiner autokratischen Freunde motivieren Orbán zusätzlich, die Spaltung Europas in EU-Kreisen unbeirrt und forciert voranzutreiben.

Angesichts der beschämenden Paralyse im Rat und in der Kommission bleibt zu hoffen, dass ein nach den EU-Wahlen aus liberaldemokratischer Sicht gestärktes und zeitgemäß bevollmächtigtes Parlament rasch wirksame Kräfte zur Verteidigung des einst konsensualen Regelwerks der EU entwickelt. Die Zeit drängt.
Dr. Stefan B. Szalachy, M.A., 2340 Mödling

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse" entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.